

## Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen

# „Wir wollen keine Ausreden, wir wollen Ergebnisse!“

### Zentrale komba Demo in Koblenz

Nach zwei Verhandlungsrunden ohne Angebot der Arbeitgebenden machten gut 500 Beschäftigte am 11. März 2025 in Koblenz ihrem Unmut Luft.

Lilli Lenz, Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, kritisierte das Verhalten der Arbeitgebenden: „Zweimal hatten Bund und VKA die Gelegenheit, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen, zweimal haben sie sich nicht gerührt. Diese Ignoranz ist ein Schlag ins Gesicht für alle Beschäftigten, die jeden Tag ihr Bestes geben.“ Im öffentlichen Dienst sei es hinsichtlich der Überlastung in vielen Bereichen fünf vor zwölf. Lenz weiter: „In dieser angespannten Arbeitslage ist es purer Hohn, damit zu argumentieren, dass unsere Forderungen den Haushalt überlasten würden. Wir wollen in der dritten Verhandlungsrunde keine Ausreden mehr, sondern Ergebnisse, die unseren Forderungen gerecht werden.“

Auf der Kundgebung vor dem Koblenzer Rathaus erklärte der stellvertretende Vorsitzende

der dbb bundestarifkommission, Thomas Zeth: „Bund und VKA haben über die letzten Monate dem öffentlichen Dienst die kalte Schulter gezeigt. Und was hat ihnen diese Verweigerungshaltung gebracht? Es hat dazu geführt, dass überall in Deutschland Beschäftigte gestreikt haben und teils zu Tausenden auf die Straße gegangen sind.“ Der Frust sei im ganzen Land zu spüren, so der stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes der Arbeitnehmer der Bundeswehr – VAB – auf der Koblenzer Bühne. „Den Arbeitgebenden muss klar sein, dass der Druck auf dem Kessel enorm ist.“ Es könne nicht im Interesse der Arbeitgebenden liegen, die 2,6 Millionen Beschäftigten von Bund und Ländern ewig zu ignorieren.

► „Wir fordern 8 Prozent! – Mehr Entlastung!“

Mit diesem Slogan und gellenden Pfeifkonzerten waren Erzieherinnen, Müllwerker, Einsatzkräfte aus dem kommunalen Vollzugsdienst



© dbb.rlp

► Klare Botschaften.



© Thomas Frey

► Rolf Führ, komba Landeschef



© Thomas Frey

► Lilli Lenz, Thomas Zeth, Sandra Müller, Rolf Führ und Peter Mertens (von links)



© dbb.rlp

► VAB macht Krach.

und Sachbearbeiter aus Kommunal- sowie Bundesbehörden und natürlich auch Straßenverkehrsbedienstete mit von der Partie in Koblenz.

Rolf Führ, Landeschef der komba in Rheinland-Pfalz, unterstrich im Gespräch mit

der Rhein-Zeitung: „Die Arbeitgeber haben bis zum heutigen Tage keinerlei Angebot vorgelegt, gar nichts. Wir erwarten in der dritten Tarifrunde, die vom 14. bis 16. März in Potsdam stattfindet, einen Vorschlag, über den sich reden lässt.“

Eine wettbewerbsfähige Bezahlung im öffentlichen Dienst sei deshalb wichtig, um gegenüber der Privatwirtschaft konkurrenzfähig und für das Personal attraktiv zu bleiben. „Uns fehlen 570 000 Beschäftigte und in den nächsten Jahren verlassen die Babyboomer den

öffentlichen Dienst, dann fehlen fast zwei Millionen Beschäftigte“, so Rolf Führ.

Die betroffenen Gewerkschaften im dbb sehen auch, dass die Arbeitgeberseite, insbesondere die Kommunen, mit Finanzierungsproblemen zu



© Mertens

> DSTG-Bundes- und -Landesvize Jens Vernia und Peter Mertens, dbb Landesvize und Chef der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz



© Thomas Frey (4)

> Wichtig: Forderungen der Jugend zur Einkommensrunde.



© dbb rlp

> Alle relevant. Vorne links die stellvertretende komba Landesvorsitzende und Kreischefin Worms, Nicole Wolff.



> Sorge für Stimmung: Mundartsänger Daniel Ferber, der „singende Müllmann“.



> Thomas Zeth, VAB-Bundesvize



> Der Platz füllt sich.

kämpfen hat. Die komba rheinland-pfalz bezog sich auf das Millionendefizit im Haushaltsentwurf der Stadt Koblenz, den die Aufsichtsbehörde ADD kürzlich deshalb abgelehnt hat. Rolf Führ dazu in der Rhein-Zeitung: „Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten der Kommunen, die immer mehr Aufgaben von Bund und Ländern bekommen und nachher selber kaum mehr Finanzkraft haben. Aber das kann nicht bedeuten, dass die Beschäftigten vor Ort

das ausbaden müssen. Wir haben kein Einnahme-, sondern ein Verteilungsproblem. Mehr Wertschätzung in Form von mehr Entgelt und mehr freien Tagen liegt auch im Interesse der Kommunen und des Bundes. Wir haben viele Bereiche, wo wir kein Personal bekommen. Tut sich da nichts, werden wegen akuten Personalmangels Serviceleistungen in Behörden gekürzt werden müssen.“



© dbb rlp/Storff

> Gemischte Truppe.

## Grußwort bei der TVÖD-Demo in Koblenz

# Lilli Lenz zu Gast auf der komba Warnstreikbühne

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, dass ihr alle den Weg nach Koblenz und zur Demo auf euch genommen habt, um kräftig mitzustreiken und mitzudemonstrieren. Ich grüße euch auch im Namen des dbb rheinland-pfalz.

Heute ist wieder einmal sichtbar, was für eine bunte Familie die dbb Familie ist. Für uns sind Solidarität und Kollegialität Programm – und energisches Eintreten für unsere Tarifforderungen sowieso. Wir haben uns heute hier versammelt, um ein starkes Zeichen zu setzen für

- Gerechtigkeit,
- Respekt und
- Zukunftsfähigkeit

im öffentlichen Dienst.

Unsere Forderungen in der Einkommensrunde 2025 sind klar:

- 8 Prozent mehr Entgelt im Volumen,
- mindestens 350 Euro monatlich zusätzlich sowie
- bessere Arbeitsbedingungen und
- mehr Zeitsouveränität.

Diese Forderungen sind nicht nur eine Frage der Wertschätzung. Sie sind eine Notwendigkeit angesichts der prekären Lage, in der sich der öffentliche Dienst befindet, insbesondere in den Kommunen und beim Bund.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: 570 000 Stellen fehlen aktuell im öffentlichen Dienst. Allein im letzten Jahr ist die Lücke um weitere 20 000

gewachsen. In Rheinland-Pfalz zeigt sich die Situation besonders dramatisch: Hier fehlen Fachkräfte in nahezu allen Bereichen – von Erzieherinnen und Erziehern über Lehrkräfte bis hin zu Ingenieurinnen und Ingenieuren für Infrastrukturprojekte.

Die Herausforderungen sind enorm: In den nächsten zehn Jahren wird ein Viertel der Beschäftigten altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden. Schon jetzt arbeiten viele Kolleginnen und Kollegen an der Belastungsgrenze oder darüber hinaus. Wie sollen wir unter diesen Bedingungen dringend notwendige Investitionen in Angriff nehmen und umsetzen?

Rheinland-Pfalz wird aus dem zwischen CDU und SPD auf Bundesebene geplanten Sondervermögen von 500 Milliarden Euro einen Anteil erhalten,

um die Infrastruktur zu modernisieren. Ministerpräsident Alexander Schweitzer rechnet mit 100 Milliarden für die 16 Bundesländer. Für Rheinland-Pfalz hat er dabei einen Anteil von 500 Millionen Euro jährlich über zehn Jahre auf dem Zettel. Das Geld soll investiert werden für Straßen, Schienen, Kitas, Schulen und Hochschulen. Ausdrücklich will der Ministerpräsident, dass der Staat vor Ort als handlungsfähig erkennbar ist.

Wie soll das gehen?  
Ich frage euch: Wie soll das gehen?

Die Kapazitäten sind erschöpft. Ohne ausreichend Personal drohen die Mittel zu verpuffen. Mit Bordmitteln allein wird das nicht zu schaffen sein.

Konkrete Beispiele aus Rheinland-Pfalz: Laut aktuellen Be-

© Thomas Frey (3)



> Nicole Wolff, komba Landesvizin und Kreischeffin Worms



> Lilli Lenz, dbb Landeschefin

richten fehlen in Rheinland-Pfalz über 3 000 Lehrkräfte an Schulen. In Kitas ist die Lage ähnlich angespannt, da viele Stellen unbesetzt bleiben. Im Bereich Infrastrukturplanung gibt es massive Engpässe: Ingenieure und Planer fehlen, um Projekte wie den Ausbau von Straßen oder Schienen rechtzeitig umzusetzen. Der öffentliche Dienst hat zudem Schwierigkeiten, junge Talente zu gewinnen. Selbst bei Beamtenstellen wandern immer mehr hoch qualifizierte Kräfte in die Privatwirtschaft ab.

Wir fordern deshalb nicht nur eine angemessene Entlohnung, sondern auch strukturelle Veränderungen:

- Attraktivere Arbeitsbedingungen, um bestehendes Personal zu halten und neue Fachkräfte zu gewinnen.
- Entlastung durch mehr Zeitsouveränität, etwa durch zusätzliche freie Tage und flexible Arbeitszeitmodelle.
- Investitionen in Ausbildung und Nachwuchsgewinnung, damit junge Menschen den öffentlichen Dienst als attraktive Karriereoption wahrnehmen.

Die zweite Tarifrunde Mitte Februar hat zu keinem angemessenen Angebot geführt. Die Arbeitgeber haben eine geringe Lohnerhöhung über eine Laufzeit von 36 Monaten für die Beschäftigten im Gesundheitswesen vorgeschlagen. Das war eine Provokation.

Wir fordern acht Prozent mehr Lohn im Volumen, mindestens aber 350 Euro monatlich mehr. Außerdem muss es höhere Zuschläge für die Arbeit zu ungünstigen Zeiten geben. Auszubildende und Praktikanten sollen 200 Euro mehr monatlich bekommen. Drei Tage mehr Urlaub im Jahr plus einen zusätzlichen Urlaubstag für alle dbb Mitglieder wollen wir. Das „Meine-Zeit-Konto“ soll den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität und Flexibilität ermöglichen.

Die kommunalen Arbeitgeber lehnen das alles als zu teuer ab.

Wie kann man nur so starrsinnig auf Verschleiß fahren? Wie stark soll die Funktionsfähigkeit des Staates denn noch gefährdet werden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen an einem Wendepunkt. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird der öffentliche



> Sandra Müller, komba Landes- und Bundesvizein, Kreischefin Koblenz

Dienst weiter ausbluten – mit fatalen Folgen für unsere Gesellschaft.

Die Politik muss endlich erkennen: Ohne uns läuft nichts!

Das weiß Ministerpräsident Schweitzer aus seiner Zeit als Digitalisierungsminister ganz genau: Es nützt das größte Sondervermögen nichts, wenn es kein Personal gibt, um es für dringend benötigte Infrastrukturmaßnahmen einzusetzen. Was sehen wir denn zum Beispiel beim Breitbandausbau: Die Töpfe für die Glasfaserkabelverlegung sind gefüllt, aber vor Ort bracken dann in der Preisquetsche Subsubunternehmen unter fragwürdigen Bedingungen

und liefern zum Teil zweifelhafte Qualität. Das ist kein Fortschritt und keine gut gemachte Digitalisierung.

Es braucht Bürokratieabbau, attraktive Beschäftigungsbedingungen und Zukunftsperspektiven insbesondere im öffentlichen Dienst, dann kommt das Land besser aus den Startlöchern in herausfordernder Lage.

Deshalb kämpfen wir weiter für unsere berechtigten Forderungen! Laut, entschlossen und solidarisch.

„Wir fordern 8 Prozent! Mehr Entlastung!“

Vielen Dank! ■

## Ausgeweitete TVöD-Warnstreiks

# Demonstration in Koblenz

Kommunalgewerkschaft komba rheinland-pfalz tonangebend

(komba/db) Nachdem auch die zweite Verhandlungsrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen ohne Ergebnis zu Ende gegangen war und die Arbeitgeberseite sich in keinem Punkt kompromissbereit gezeigt hatte, rief die Kommunalgewerkschaft komba rheinland-pfalz für Dienstag, den 11. März 2025

nach Koblenz zur Warnstreik- und Protestkundgebung. Da es in den Tarifverhandlungen vorher weder ein Angebot noch nennenswerte Fortschritte gab, war die Enttäuschung bei den Beschäftigten groß. Die Blockadehaltung der Arbeitgeber provozierte auch in Koblenz noch entschlosseneren Aktionen.

„Der öffentliche Dienst hat an Attraktivität verloren. An allen Ecken und Enden fehlt Personal. Das wollen und müssen wir ändern. Dazu gehören neben angemessenen, wettbewerbsfähigen Einkommen auch mehr denn je bessere und selbstbestimmtere Arbeitsbedingungen. Wir sind nicht verantwortlich für die kommunale

© Lenz (2)



> Hans-Josef Kaluza, komba Kreischef Bad Kreuznach, mit Lilli Lenz

Finanzsituation und lassen uns deshalb auch nicht länger mit dem Hinweis auf die leeren Kassen der Kommunen abspeisen. Unsere Antwort auf die mangelnde Wertschätzung kann daher nur sein, weiter zu streiken. Die Arbeitgebenden lassen uns keine andere Wahl“, sagte Rolf Führ, Landesvorsitzender der komba gewerkschaft rheinland-pfalz im Vorfeld der Demonstration.

Gefordert wird ein Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro mehr pro Monat. Außerdem geht es um die Einrichtung eines Arbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten frei verfügen können. Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften drei zusätzliche freie Tage als Entlastungsmaßnahme. Für



Auszubildende, Studierende und Praktikantinnen und Praktikanten soll eine Erhöhung der Entgelte um 200 Euro durchgesetzt werden. Zur Ergänzung der vielen regionalen Warnstreiks und Streikaktionen organisierte die komba rheinland-pfalz die zentrale Veranstaltung in Koblenz in Erwartung von mehreren Hundert Teilnehmenden. Die Veranstaltung begann am

11. März 2025 um 11 Uhr auf dem Willi-Hörter-Platz vor dem Rathaus Koblenz.

Gut 500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beteiligten sich an der zentralen Kundgebung. Sie kamen aus Koblenz, Emmelshausen, Worms, Kirn, Ingelheim oder Bad Kreuznach. Bei dem Warnstreik in Koblenz waren unter anderem Beschäftigte von Kitas dabei, aber auch

> Beschäftigte von Kommunen und Bund.

von der Agentur für Arbeit und der Autobahn GmbH sowie von der Bundeswehrverwaltung.

Die Unterstützung der Beschäftigten „auf der Gass“ nahm die komba als Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion mit in die dritte Verhandlungsrunde, die in der Zeit vom 14. bis 16. März 2025 in Potsdam stattfand. ■

## dbb jugend

# Kampagnenort Koblenz

Bundesweiter Aktionstag am 19. Februar 2025

Unter dem Slogan „Übernahme jetzt! 200 Euro“ hat die dbb jugend bereits am 19. Februar 2025 bei einem bundesweiten Aktionstag auf die Belange des jungen Personals im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen in der Tarifaussensetzung zum TVöD hingewiesen.

In Berlin, Potsdam, Jena, Neuenstein, Nußloch, an der BAB-Rastanlage Neustädter Bucht und auch in Koblenz fanden Kampagnenteile statt.

Für die jugendbezogenen Kernforderungen nach 200 Euro mehr im Monat und nach unbefristeter Übernahme von Azubis sowie Studierenden gingen Jugendvertreterinnen und -vertreter auf die Straße, um bei kalten Temperaturen zu verdeutlichen, wie wichtig der öffentliche Dienst und eine reibungslose Erfüllung seiner Aufgaben für

das Gemeinwohl sind.

In Berlin war die dbb Bundesjugendleitung aktiv. Durch den damals aktuellen Winter einbruch war besonders offensichtlich, dass ohne einen funktionierenden öffentlichen Dienst mit fair bezahltem und ausreichendem Personal nichts geht. „Ohne die Straßen- und Verkehrsbeschäftigten hätte niemand den Schnee von den Straßen weggeräumt und gestreut“, sagte Matthäus Fandrewski, Vorsitzender der dbb jugend, während der Aktion.

Um diese Tatsache zu verdeutlichen, hat die dbb jugend Streugut an Passantinnen und Passanten verteilt. Die Botschaft: „Wenn die Arbeitgebenden nichts an Bezahlung und Arbeitsbedingungen ändern, müssen die Leute bald selbst streuen“, erklärte der

dbb Bundesjugendchef.

In Koblenz verteilte die dbb jugend rheinland-pfalz das Gewerkschaftsmaskottchen, Adlerküken „Horst“, um auf die berechtigten Forderungen der Beschäftigten aufmerksam zu machen.

Vizelandesjugendleiterin Elisabeth Gromotka: „Wenn es den öffentlichen Dienst nicht gäbe, wäre nicht bloß auf den Straßen Feierabend. Um den Fachkräftemangel zu kompensieren, müssen wir junge Leute gewinnen. Dafür brauchen wir attraktivere Arbeitsbedingungen bei Bund und Kommunen.“

Für die Beschäftigten bei den Bundesländern besteht bereits eine Übernahmegarantie, sofern Auszubildende und Studierende ihre Ausbildung erfolgreich abschließen.



> Elisabeth Gromotka, stellvertretende dbb Landesjugendleiterin

Matthäus Fandrewski: „Ich erwarte, dass Bund und Kommunen nachziehen.“

Elisabeth Gromotka: „Das ist längst überfällig und angesichts der Personalnot im öffentlichen Dienst wäre alles andere nicht vermittelbar!“

Bis zur dritten und geplant letzten Verhandlungsrunde vom 14. bis 16. März 2025 folgten weitere Aktionen, Demonstrationen und Warnstreiks. ■